

Brisante Spionage-Affäre

Doppelagent soll Liste mit 3500 Namen von BND-Mitarbeitern weitergegeben haben

Von Markus Decker

Der im vorigen Sommer enttarrte mutmaßliche Doppelagent des Bundesnachrichtendienstes (BND) hat angeblich eine Liste mit den Namen von 3500 BND-Mitarbeitern an befreundete US-Dienste weitergegeben. Das behauptet zumindest die "Bild"-Zeitung. Nach Informationen des Blattes hatte der Mann die als streng geheim eingestufte Liste aus dem Jahr 2011 mit Klar- und Decknamen zu Hause auf einer privaten Festplatte gespeichert, die bei einer Durchsuchung im Sommer 2014 sichergestellt wurde. Der Datenträger sei erst jetzt systematisch ausgewertet worden, hieß es. Dem beim BND aufgefliegenen Spion wird vorgeworfen, binnen zwei Jahren 218 Dokumente an US-Geheimdienstler verkauft zu haben.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur soll es sich aber um eine veraltete Liste gehandelt haben, auf der wesentlich weniger Namen standen als die in der "Bild"-Zeitung genannten 3500. Eine Vielzahl der in dem Papier aufgeführten Mitarbeiter der Abteilung "EA - Einsatzgebiete/Auslandsbeziehungen" ist nach Angaben der Agentur zudem gar nicht mehr beim BND beschäftigt. Intern werde der operative Schaden für den deutschen Auslandsgeheimdienst und seine Mitarbeiter des-

halb als eher begrenzt bewertet.

Die Abteilung EA versorgt unter anderem die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen mit Informationen zum Schutz deutscher und alliierter Soldaten. Wie die dpa weiter erfuhr, spricht nichts dafür, dass der Mann die Liste nicht nur an US-Dienste, sondern auch an andere Geheimdienste etwa in Russland oder China verkauft haben könnte.

Der Bundesnachrichtendienst wollte sich am Mittwoch mit Hinweis auf das Ermittlungsverfahren bei der Bundesanwaltschaft nicht zu den aktuellen Erkenntnissen äußern. Dass der besagte Markus R. eine Liste mit Namen weitergab, ist als solches nicht neu. Die "Frankfurter Rundschau" hat darüber bereits Anfang September 2014 berichtet.

Ungeachtet der offiziellen Beschwichtigungsversuche stieß der "Bild"-Bericht auf Unverständnis. "Mich erstaunt die Zahl, die da genannt worden ist", sagte der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums, André Hahn (Linke), der FR. "Wenn es stimmt, wäre das ja fast die Hälfte der Mitarbeiter. Außerdem würde es die Behauptung von Innenminister Thomas de Maizière, wonach der Gehalt dessen, was der BND-Agent weitergeleitet hat, lächerlich gewesen sei, gänzlich unhaltbar

machen." Einem Geheimdienst könne kaum eine größere Panne unterlaufen, betonte Hahn. Es stelle sich insbesondere die Frage nach der Eigensicherung des Dienstes, wenn ein keineswegs hochrangiger Mitarbeiter in den Besitz solcher Informationen gelangen könne.

Auch der ehemalige BND-Präsident Hans-Georg Wieck erklärte: "Es ist sicherlich keine gute Nachricht, wenn Listen seiner Mitarbeiter an einen anderen Geheimdienst weitergeleitet werden. Denn diese Mitarbeiter sind in Operationen involviert. Damit hat man Aufschluss, was sie machen, wenn man irgendwo in der Welt auf sie stößt. Und man weiß nicht, was mit diesen Listen geschieht." Der Vorgang könne sowohl die Effektivität des Dienstes als auch die Mitarbeiter selbst gefährden.

Markus R. arbeitete in der Registratur der BND-Abteilung "Einsatzgebiete/Auslandsbeziehungen". Er war Anfang Juli festgenommen worden. Innenminister Thomas de Maizière und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) hatten die Bedeutung des Falles anfangs heruntergespielt. Später erwies er sich als zunehmend brisanter.

Die Liste kann die Effektivität des Dienstes und die Mitarbeiter selbst gefährden